

Böblingen, den 5. April 2012

PRESSEMITTEILUNG vom 5. April 2012

S-Bahn und Schnellbus nach Calw - Grüne fordern ausreichende Bundesfinanzierung nach dem GVFG

Die S-Bahn-Verbindung von Weil der Stadt nach Calw hat neben einem Schnellbussystem aus Herrenberg Richtung Nagold am ehesten Aussichten auf Verwirklichung. Dies machten der Verkehrsexperte der Grünen-Landtagsfraktion, Andreas Schwarz, und die Fraktionsvorsitzenden Roland Mundle aus dem Landkreis Böblingen sowie Johannes Schwarz aus dem Landkreis Calw deutlich.

Für die Grünen ist es wichtig, dass die Verkehrspolitik einen aktiven Beitrag zur Reduzierung klimaschädlicher Emissionen leistet. Schließlich trägt der Verkehrssektor immer noch ein Viertel zu den CO₂-Emissionen bei. Die Verkehrspolitik müsse ferner die aktuelle und künftige finanzielle Situation der öffentlichen Haushalte im Blick haben und auf die Schuldenbremse treten.

„Natürlich sehen wir uns in der Pflicht, für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen ein leistungsfähiges und intaktes Verkehrsnetz aufrechtzuerhalten und eine lebenswerte Umwelt zu erhalten“, machte Verkehrsexperte Andreas Schwarz deutlich. „Wir möchten das Umsteigen zwischen den Verkehrsträgern fördern und den modal split hin zum Umweltverbund verändern. Deswegen werden von uns Vorhaben der nachhaltigen Mobilität, der Radverkehr, der öffentliche Verkehr und das Umsteigen zwischen diesen Verkehrsträgern mit 7 Mio. Euro deutlich unterstützt“.

Dieses Ziel der Verkehrswende soll durch eine Verlagerung des motorisierten Individualverkehrs auf den öffentlichen Personennahverkehr erreicht werden. Hierbei streben wir eine relevante Erhöhung der Fahrgastzahlen im ÖPNV an.

„Wir freuen uns, dass das Metropolticket seit Anfang des Jahres auch im Landkreis Calw Gültigkeit hat“, machten die Fraktionsvorsitzenden Roland Mundle und Johannes Schwarz deutlich. Mit dem neuen Metropolticket haben Bürger aus dem Landkreis Calw das komplette Straßen-

Bankverbindung:

Bank: Kreissparkasse Böblingen, Kontonummer: 1716197, Bankleitzahl: 603 501 30

und Schienennetz aus den neun beteiligten Verkehrsverbänden rund um Stuttgart zur Verfügung.

„Als nächster Schritt muss auch den Pendlern dieser verbundübergreifende Tarif ermöglicht werden“, so Roland Mundle. „Damit könnte der Berufsverkehr stärker auf den ÖPNV verlagert werden, um so gerade auch im Raum Böblingen/ Sindelfingen die enorme Straßenverkehrsbelastung zu reduzieren.“

Sein Calwer Kollege Johannes Schwarz ergänzte: „Wichtig wären dafür auch schnelle und direkte Zubringerbusverbindungen an die End- und Umsteigehaltstellen der S- Bahn- Linien. So etwas wäre kurzfristig umsetzbar.“ Diese Lösung lasse sich vor allem auf der Südschiene Herrenberg – Nagold – Altensteig schnell realisieren, da hierfür keine weitere Infrastruktur benötigt werde.

Das wichtigste Ziel aus Calwer Sicht ist für Johannes Schwarz jedoch nach wie vor der S- Bahn-Anschluss nach Weil der Stadt. „Calw ist schließlich der einzige unter den 19 Land- und Stadtkreisen in der Metropolregion ohne direkte Schienenverbindung nach Stuttgart.“

Die gewünschte bessere Schienenverbindung aus Calw nach Stuttgart über Weil der Stadt wäre gegenüber den heutigen Alternativen „schneller“ und daher von Vorteil, teilen die Grünen mit. Das Projekt befindet sich allerdings unter den Maßnahmen im GVFG-Bundesprogramm¹ 2012 – 2015 in Kategorie C, wobei aber im Jahr 2014 lediglich 1 Mio. Euro vom Bund bereitgestellt werden soll und im Jahr 2015 dann 2 Mio. Euro. Die restlichen Mittel in Höhe von 39 Mio. Euro nach 2015 stehen unter Vorbehalt.

„Wir müssen also sehen, dass das Auslaufen des Bundesprogramms im Jahr 2019, die generelle Überzeichnung des Programms und der zahlreichen anderen, planerisch fortgeschritten Vorhaben im Land es dringend notwendig machen, eine Nachfolgelösung für das GVFG- Bundesprogramm zu finden“, macht der Verkehrsexperte der Grünen im Landtag, Andreas Schwarz, die Situation deutlich. Für die Grünen steht daher eine Fortführung des GVFG-Bundesprogramms und der Regionalisierungsmittel auf der politischen Agenda.

¹ Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden.